

HERRN  
MINISTERPRÄSIDENT  
STEFAN MAPPUS  
STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG  
RICHARD-WAGNER-STR. 15  
70184 STUTTGART

**LANDESVORSTAND**

**Silke Krebs**  
Landesvorsitzende

Forststr. 93, 70176 Stuttgart  
Tel: +49 (0711) 993590  
Fax: +49 (0711) 9935999  
landesverband@gruene-bw.de

Stuttgart, 25. Februar 2010

**IHRE ÄUSSERUNGEN IN DER AKTUELLEN SOZIALDEBATTE**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mappus,

Sie plädierten letzte Woche in der Sendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ im SWR-Fernsehen für eine Versachlichung der aktuellen Hartz IV-Debatte. Diese Forderung begrüßen wir ausdrücklich, ist doch die Art und Weise wie Vizekanzler Westerwelle die Debatte derzeit anheizt weder sachlich, noch verantwortungsvoll, noch lösungsorientiert. Leider haben Sie jedoch mit folgender Aussage ebenfalls zu einer Polemisierung der Debatte beigetragen: „Wer morgens aufsteht, um arbeiten zu gehen, muss abends mehr in der Tasche haben als der, der liegen bleibt.“ Diese Aussage ist nicht geeignet, eine sachliche Debatte zu befördern.

Warum?

- Im Juni 2009 übten laut Stellungnahme der Landesregierung auf eine Landtagsanfrage 25 Prozent der ALG II-BezieherInnen in Baden-Württemberg eine Erwerbstätigkeit aus, etwa die Hälfte davon eine sozialversicherungspflichtige. Diese sogenannten „Aufstocker“ müssen ihren Lohn mit Arbeitslosengeld II aufstocken, um ihre Existenz zu sichern. Eines tun sie aber nicht: „morgens einfach liegen bleiben“.
- Im Mai 2008 waren ebenfalls laut Stellungnahme der Landesregierung über ein Fünftel der ALG II-Bedarfsgemeinschaften in Baden-Württemberg Alleinerziehende. Auch sie dürften wohl kaum morgens „einfach liegenbleiben“.

Sie thematisierten außerdem den fehlenden Lohnabstand zwischen Arbeitenden und BezieherInnen von ALG II-Leistungen und schlagen Steuersenkungen als Lösungsansatz vor. Wir halten diesen Vorschlag für ungeeignet.

In vergleichenden Studien zur Steuer- und Abgabenlast wird immer wieder festgestellt, dass die Einkommen von Gering- und Durchschnittsverdienern in Deutschland so hoch mit Sozialabgaben belastet sind wie in kaum einem anderen OECD-Land. Für Geringverdiener weist Deutschland gar die zweithöchste Abgabenlast im OECD-Vergleich auf. Dagegen zahlen Geringverdiener in der Regel keine oder nur eine geringe Einkommensteuer.

Das bedeutet: Geringverdiener würden von einer Steuersenkung kaum oder gar nicht profitieren – der Lohnabstand zu ALG II-BezieherInnen würde also nicht steigen.

Was ist also zu tun?

Wir wollen, dass jede und jeder, die oder der den ganzen Tag arbeitet, von seinem Arbeitseinkommen auch leben kann. Deshalb schlagen wir mit unserem Grünen Progressivlohnmodell vor, die Sozialversicherungsbeiträge sozial zu staffeln. Danach gilt für Einkommen bis 400 Euro ein einheitlicher Beitragssatz von zusammen 20 Prozent, ab 400 Euro bis 2.000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen. Der Effekt: Geringverdiener werden von hohen Sozialabgaben entlastet. Menschen mit einem niedrigen Einkommen haben mehr Netto vom Brutto in der Tasche, und der Lohnabstand steigt. Gleichzeitig sinken die Lohnkosten für Unternehmen – Arbeitsplätze können leichter entstehen.

Wir fordern Sie auf, Ihre oben genannte Aussage zur aktuellen Sozialdebatte in der Sache zu überdenken. Wir halten sie vor allem aber in der Form für völlig unangemessen und nicht akzeptabel.

Der Staat muss die Leistungen seiner BürgerInnen anerkennen und wertschätzen – so wie Sie das im Bezug auf den Mittelstand wiederholt gefordert haben. Dieses Versprechen gilt aber allen BürgerInnen: Auch diejenigen, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden oder weniger aussichtsreiche Zukunftsperspektiven haben, haben ein Recht darauf, dass ihre Anstrengungen und ihr Beitrag gewürdigt werden, auch wenn sie auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, eine bestimmte Gruppe von BürgerInnen pauschal als nicht leistungsbereit zu diffamieren („bleiben einfach liegen“).

Wichtig für den sozialen Frieden ist auch, daran zu erinnern, dass das soziale Netz für alle BürgerInnen da ist. Auch der Stärkste profitiert in vielerlei Hinsicht von der Gemeinschaft – mindestens aber durch das Wissen, im Notfall unterstützt zu werden. Keine staatliche Unterstützung zu benötigen, ist ein Grund für Freude und Zufriedenheit, nicht für Missgunst und Abwertung derer „im sozialen Netz“. Gerade die offizielle Politik sollte dies vertreten und daran erinnern.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Mappus, für eine in der Sache geführte Debatte über die Zukunft des Sozialstaats stehen wir gerne zur Verfügung. Dabei sehen wir die Aufgabe der Politik vor allem darin, Wissen über die tatsächliche Situation zu vermitteln, Vorurteile und Diffamierungen zu hinterfragen, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Silke Krebs  
Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg